

Zur Neuauflage der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie

Ein zentrales Thema für junge Menschen ist die Frage, wie Gegenwart und Zukunft nachhaltig gestaltet werden können. Der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) nimmt im Interesse junger Menschen Stellung zur Neuauflage der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (vom 30. Mai 2016).

Es ist richtig und wichtig, dass die Bundesregierung die nationale Strategie nach den international vereinbarten Sustainable Development Goals (SDG) ausrichtet. Damit wird die Strategie vielfältiger, sie deckt ein breiteres Spektrum an sozialen, ökonomischen und ökologischen Herausforderungen ab. Der Bundesregierung gelingt es leider noch nicht, diese Breite in der Strategie mit ausreichend konkreten Aktivitäten und Indikatoren zu beschreiben. Außerdem fehlt die Perspektive und Expertise junger Menschen in der Beschreibung aktueller Herausforderungen (Kapitel A), in der Rahmung der Strategie (Kapitel B) und im Managementkonzept (Kapitel C). Jugendliche kommen lediglich als Objekte, nicht als Subjekte und handelnde Akteure vor. Dabei wirken junge Menschen – zum Beispiel in Jugendverbänden – in fast allen SDG mit: Durch eigenes Handeln, durch politische Interessenvertretung, durch Engagement und Bildung innerhalb und außerhalb von Schule.

In der Strategie betont die Bundesregierung mehrfach die Bedeutung einer gemeinsamen Arbeit aller nationalen Akteure an der Strategie. Sie nennt aber wenig verbindliche Orte und Verfahren für diese Beteiligung. Es gab und gibt Formate für den Dialog vor der Beratung und Entscheidung in der Bundesregierung. Die Strategie nennt aber keine nachhaltigen Prozesse oder Methoden einer breiten zivilgesellschaftlichen Beteiligung, etwa bei der regelmäßigen Überprüfung des Fortschritts und der Umsetzung der Aktivitäten. Junge Menschen müssen an diesem zentralen Politikfeld der Gegenwart und Zukunft unbedingt ausreichend berücksichtigt und beteiligt werden.

In unserer Stellungnahme konzentrieren wir uns darauf, die Interessen und Bedarfe junger Menschen bei jenen SDG deutlich zu machen, die für uns eine hohe Relevanz haben.

Armut in jeder Form und überall beenden (SDG 1)

Das ganzheitliche Verständnis von Armut und der Anspruch «Leave No One Behind» sind der richtige Ansatz. Dennoch leben etwa 19 Prozent der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren in Deutschland in relativer Armut, sie haben also weniger als 60 Prozent des deutschen Medianeinkommens zum Leben zu Verfügung. Dieser Wert bleibt seit fast zehn Jahren auf diesem hohen Niveau¹. Zu den von Armut besonders bedrohten Risikogruppen gehören Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund. Ihr Armutsrisiko ist mehr als doppelt so hoch wie das von Gleichaltrigen ohne Migrationshintergrund.²

Besonders im Übergang von der Schule zur Ausbildung und von der Ausbildung ins Berufsleben sind junge Menschen verstärkt Armutsrisiken ausgesetzt. Sowohl fehlende Ausbildungsplätze als auch atypische und prekäre Beschäftigungsverhältnisse nach Ausbildung und Studium führen zu einer unsicheren Lebenssituation junger Menschen. Dazu gibt es in der Strategie keine erkennbaren Ansätze und Aktivitäten.

Dabei hat die vorhandene materielle Armut sehr oft negative Auswirkungen auf eine ganze Reihe von Lebensbereichen. Die verfügbaren materiellen Ressourcen bestimmen über die Möglichkeiten der Freizeitgestaltung, des

¹ http://www.boeckler.de/wsi_62998.htm

² <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61788/armut-von-migranten>

Wohnumfelds, der Mobilität, der Ernährung und häufig auch über Bildungschancen. Damit schränkt materielle Armut die Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe ein – nicht nur für junge Menschen.

Eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie muss deswegen Aussagen über eine solide materielle und bedingungslose Absicherung von Kindern und Jugendlichen treffen, die die Teilhabe und Mitgestaltung am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben ermöglicht. Sie muss dazu folgende Aktivitäten beschreiben:

Eine eigenständige, bedarfsgerechte und armutsfeste Berechnung der Bedarfssätze für Kinder und Jugendliche wird im Sozialgesetzbuch II/XII festgelegt.

und

Bundesweit werden in landesweiten und kommunalen Armutskonferenzen Armutberichte erstellt und mithilfe von konstruktiven Gesprächen regionale bzw. lokale Strategien zur Vermeidung und Verringerung von Kinder- und Jugendarmut erarbeitet und umgesetzt.

Die im Entwurf der Strategie beschriebenen Aktivitäten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf verkennen, dass ein Ausbau der Betreuungsangebote nicht im Interesse von Kindern und Jugendlichen ist. Der Achte Familienbericht konstatiert: Kinder und Jugendliche wünschen sich in Bezug auf ihre Eltern aktiv miteinander genutzte, qualitativ hochwertige Zeiten im Familienkreis (Spiele, Gespräche, Unternehmungen), die bloße Anwesenheitszeit der Eltern im Hintergrund (Eltern bei Bedarf erreichbar), Zeiten, in denen die Eltern Anteil an den Erlebnissen der Kinder nehmen sowie Versorgungs- und Begleitzeiten durch die Eltern, natürlich auch strikt elternfreie Zeiten.³ Diese Perspektive bleibt hinter der in der Strategie an vielen Stellen betont ökonomischen Perspektive zurück.

Auch beim Zugang zu bezahlbarem Wohnraum fehlt ein Aspekt, der insbesondere jungen Menschen wichtig ist, deswegen bitte ergänzen:

Wohnraum für junge Menschen muss nicht nur bezahlbar sondern auch bedarfsgerecht sein. Sie brauchen flexible Lösungen und haben wachsenden Bedarf zwischen den Lebensphasen Ausbildung oder Familiengründung. Die Bundesregierung schafft durch Anpassungen im Mietrecht sowie im Wohnraumförderungsgesetzes (WoFG) oder konkret in der Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus einen entsprechenden Rahmen.

Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern (SDG 4)

Einen umfassenden Bildungsbegriff beschreibt die Bundesregierung in der Nachhaltigkeitsstrategie nicht. Der Bereich der non-formalen und informellen Bildung fehlt. Bildung ist ein umfassender Prozess der Entwicklung und Entfaltung derjenigen Fähigkeiten, die Menschen in die Lage versetzen zu lernen, ihre Potenziale zu entwickeln, zu handeln, Probleme zu lösen und Beziehungen zu gestalten. Es ist ein Prozess der selbstbestimmten Emanzipation, der auf die Entfaltung von Urteils-, Analyse- und Kritikfähigkeit abzielt. Bildung ist die Grundlage für Teilhabe und Mitgestaltung an der Gesellschaft und umfasst alle Lebensbereiche.

³ Achter Familienbericht: Zeit für Familie – Familienzeitpolitik als Chance einer nachhaltigen Familienpolitik, Deutscher Bundestag, Drucksache 17/9000 vom 15.03.2012, Seite 71

Staat und Gesellschaft fokussieren Bildung und die entsprechenden finanziellen Ressourcen jedoch zunehmend auf Schule, Ausbildung und Hochschule; ignoriert werden die anderen wichtigen Sozialisationsinstanzen und Bildungsorte – auch in dieser Nachhaltigkeitsstrategie. Dabei wird außerschulische und informelle Bildung seit vielen Jahren sowohl im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) sowie im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) durch entsprechende Projekte, Programme und politisches Handeln umgesetzt. Bei den Aktivitäten der Bundesregierung ist deswegen zu ergänzen:

Die Bundesregierung unterstützt das partnerschaftliche Miteinander aller Bildungsakteure, sie stärkt und fördert bei den jeweiligen außerschulischen Bildungsorten, was diese entsprechend ihrer Besonderheiten leisten können. Das bedeutet auch, dass einzelne Bildungsorte – wie derzeit etwa die Schule – nicht überfordert bzw. überfrachtet werden.

und

Die Bundesregierung sichert die notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit im Sozialgesetzbuch (SGB VIII, insbesondere die Paragraphen 11 bis 13). Außerdem stärkt sie die finanziellen Rahmenbedingungen, beispielsweise durch den Kinder- und Jugendplan des Bundes.

Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen (SDG 9) sowie Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern (SDG 10)

Kinder und Jugendliche haben ein hohes Mobilitätsbedürfnis. Für sie ist Mobilität – stärker als für andere Bevölkerungsgruppen – ein Schlüssel für Bildung, neue Erfahrungen und Zugänge zu neuem Wissen. Der flächendeckende Ausbau des öffentlichen Personennah- und Fernverkehrs ist deswegen elementar, damit er jungen Menschen – aber nicht nur jungen Menschen – den beschriebenen Zugang ermöglicht. Insbesondere für den ländlichen Raum sind Konzepte für einen zuverlässigen öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) wichtig. Umweltgerechtes Verkehrsverhalten von Kindern und Jugendlichen kann etwa durch ein für junge Menschen und Familien finanzierbares Tarifangebot bei der Deutschen Bahn und in den Verkehrsverbänden gestärkt werden. Weil Mobilität und Verkehr sowohl im SDG 9 als auch im SDG 10 thematisiert werden, sollte an der einen oder anderen Stelle ergänzt werden:

Die Bundesregierung steuert ÖPNV und Bahnverkehr nicht nach rein wirtschaftlichen Interessen. Soziale und ökologische Aspekte werden mit Vorrang verfolgt, bei der wirtschaftlichen Berechnung mindestens die externen, sozialen und ökologischen Folgekosten mit kalkuliert.

Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen (SDG 16)

Das SDG 16 ist eine der Grundvoraussetzungen für das Erreichen vieler weiterer SDG – stellt die Bundesregierung richtig fest. Doch bei einem der ambitionierten Ziele der Agenda enttäuscht die Bundesregierung in dieser Strategie. Hier fehlt besonders deutlich ein weiterer Blick auf sinnvolle Maßnahmen und Aktivitäten. Junge Menschen erwarten an dieser Stelle Ideen zur Integration geflüchteter Menschen und Ideen für ein solides Einwanderungsgesetz. Sie erwarten Aussagen zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Institutionen beim Engagement gegen Demokratiefeinde oder gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Sie erwarten ganz besonders Strategien und konkrete Angebote für bedarfsorientierte, inklusive, partizipatorische und repräsentativ gestaltete Entscheidungsfindungsprozesse.

Vor diesem Hintergrund reichen die in der Strategie auf nationaler Ebene genannten Aktivitäten der Bundesregierung in keiner Weise aus. Zumal Ansätze in Bundesministerien vorhanden sind und umgesetzt werden.

Integration und Migration

In Deutschland leben so viele Menschen mit Migrationshintergrund wie nie zuvor. Hinzu kommen viele geflüchtete Menschen. Der gestiegene Anteil an der Gesamtbevölkerung spiegelt sich besonders deutlich bei Kindern und Jugendlichen. Berichte der Bundesregierung – beispielsweise Bildungsberichte, die Kinder- und Jugendberichte sowie der Integrationsbericht – analysieren und zeigen unterdurchschnittliche Partizipationsmöglichkeiten, eine häufigere Arbeitslosigkeit, eine damit einhergehende Bedrohung durch Armut. Kurzum: Ein großer Teil von Kindern und Jugendlichen hat schlechte Perspektiven und Zukunftschancen. Wenn dies weiter ignoriert und nicht eine rationale, umfassende und nachdrückliche Migrations- und Integrationspolitik begonnen wird, bedroht dies aus unserer Sicht den Zusammenhalt der Gesellschaft und verstärkt den Nährboden für soziale Probleme. Integration kann nur erfolgreich sein, wenn eine gleichberechtigte gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen in Deutschland erfolgt und zwar unabhängig von Herkunft und Aufenthaltsstatus. Deswegen muss in der Strategie ergänzt werden:

Mit einem modernen Integrationsgesetz schafft die Bundesregierung die Voraussetzungen für ein gelingendes Miteinander in Deutschland. Sie entwickelt dazu das im Mai 2016 vom Bundestag beschlossene Gesetz weiter, indem sie den verengten Blick auf den Arbeitsmarkt weitet und wesentlich mehr Aspekte für das Miteinander aufnimmt – beispielsweise die außerschulische, kulturelle und politische Bildung neben den formalen Bildungsarten.

und

Die Bundesregierung vereinfacht die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen. Sie schafft dazu bundeseinheitliche und transparente Strukturen mit klaren institutionellen Zuständigkeiten, beispielsweise eine zentrale Anlaufstelle für ausländische Jugendliche.

Extremismusprävention und Demokratieförderung

Die Bundesregierung hat eine Strategie zur Extremismusprävention und Demokratieförderung vorgelegt. Sie beschreibt darin bisherige Aktivitäten und Programme. Junge Menschen werden – wie in der Nachhaltigkeitsstrategie – leider wieder als Objekte und weniger als Subjekte begriffen. In dem Papier macht das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gemeinsam mit dem Bundesinnenministerium (BMI) deutlich, dass künftig weiter viele kleine Projekte und Träger unterstützt werden sollen. Gut ist, dass die Bundesregierung als ihre Aufgabe erkennt, sich demokratie- und menschenfeindlichen Tendenzen dauerhaft und nachhaltig entgegenzustellen und für eine friedfertige demokratische Gesellschaft einzutreten. Aus dem Papier sollte folgende Passagen in die Nachhaltigkeitsstrategie aufgenommen werden:

Im Bereich der Extremismusprävention und Demokratieförderung prüft die Bundesregierung eine weitere Verstärkung der Maßnahmen und die Überführung in Regelstrukturen. Die Bundesregierung prüft darüber hinaus die Möglichkeiten einer verbesserten rechtlichen Basis für die Arbeit der Zivilgesellschaft.

und

Einen erneuerten Nationalen Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogene Intoleranz (NAP) soll die Zivilgesellschaft mitgestalten. Der NAP soll um die Themen Homo- und Transfeindlichkeit erweitert werden.

Beteiligung

Die Gesellschaft kann nur zukunftsfähig, friedlich und inklusiv werden, wenn sie Ernst macht mit der Verwirklichung ihrer demokratischen Werte für alle, die in Deutschland leben – ganz besonders aber für alle jungen Menschen. Zu starken Institutionen zählen deswegen nicht nur Exekutive und Judikative, sondern eine starke Legislative, also Parlamente im Bund, in den Ländern und Kommunen. Stark bleiben demokratische Strukturen dann, wenn junge Menschen frühzeitig erfahren können, dass ihre Mitwirkung Wirkung hat. Grundlage für Jugendbeteiligung sind die „Qualitätsstandards für Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“ des Nationalen Aktionsplans für ein kindergerechtes Deutschland, die durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2010 herausgegeben wurden.⁴ Wesentlich ist, dass junge Menschen wirksam in Entscheidungsprozesse eingebunden sind, dass die Themen für sie relevant sind, die Methoden anregend und passend, die Prozesse übersichtlich und transparent. Sie brauchen Begleitung und Beratung. Zeitläufe müssen großzügig geplant werden, wenn alle junge Menschen eine Möglichkeit zur Beteiligung haben sollen.

Ebenso wichtig, wie Prozesse, Methoden und Verfahren zur Jugendbeteiligung ist die Anerkennung von Interessenvertretungen junger Menschen, wie sie beispielsweise die Jugendverbände und der Deutsche Bundesjugendring sind. Über die bisher skizzierten Aktivitäten der Bundesregierung in der Nachhaltigkeitsstrategie hinaus, ist deswegen zu ergänzen:

Bessere und moderne Möglichkeiten der Beteiligung an der Gestaltung der Gesellschaft werden geschaffen und bestehende erweitert. Basis sind verbindliche Standards zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, wie sie seit 2010 festgelegt wurden.

und

Die Bundesregierung senkt das Wahlalter für die Bundestagswahl auf 16 Jahre. Sie prüft zudem eine Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre.

und

Die Bundesregierung richtet ein Transparenzregister nach europäischem Vorbild ein und schafft damit die Voraussetzungen, dass registrierte Interessenvertretungen laufende Entscheidungsprozesse einsehen und daran mitwirken können.

Über den Deutschen Bundesjugendring

Der Deutsche Bundesjugendring ist die Arbeitsgemeinschaft von 34 Jugendverbänden und 16 Landesjugendringen. Rund sechs Millionen Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene organisieren sich freiwillig und selbstbestimmt in den Jugendverbänden. www.dbjr.de

⁴ http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/kindergerechtes-deutschland-brosch_C3_BCre-qualit_C3_A4tsstandards,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf